

Antrag

der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und
des Abgeordneten Christoph Schulze

Mehr Qualität und Verbindlichkeit in der Erwachsenenbildung – ein Perspektivvertrag für Brandenburg!

Der Landtag möge beschließen:

Die Landesregierung wird beauftragt, einen Perspektivvertrag für die Erwachsenenbildung mit den Landesorganisationen der Weiterbildung, wie zum Beispiel dem Brandenburgischer Volkshochschulverband e. V., der Landesarbeitsgemeinschaft für politisch-kulturelle Bildung in Brandenburg e. V. (LAG) oder dem URANIA-Landesverband Brandenburg e. V., auszuhandeln, dem Landtag zur Beschlussfassung vorzulegen und ihn dann für eine Laufzeit von 3 Jahren abzuschließen.

In dem Perspektivvertrag verpflichten sich die Landesorganisationen der Weiterbildung, ihre Arbeit an Qualitätsmaßstäben auszurichten, leistungsgerecht zu entlohnen und bestimmte Themenangebote zu machen. Die Landesregierung verpflichtet sich im Gegenzug, die Finanzierung der Erwachsenenbildung für 3 Jahre festzuschreiben und einen Inflationsausgleich zu gewähren.

Der Perspektivvertrag beschreibt die relevanten Aufgaben und Themenfelder der Erwachsenenbildung und definiert somit die Erwartungen an die Landesorganisationen der Weiterbildung.

Darüber hinaus legt die Landesregierung dar, welche Möglichkeiten in welchen Zeiträumen bestehen, um die finanzielle Unterstützung der Weiterbildung in Brandenburg auf den Bundesdurchschnitt zu erhöhen.

Begründung:

Damit 'Lebenslanges Lernen' nicht nur ein hohles Schlagwort bleibt, muss Erwachsenenbildung allen Menschen in allen Lebensphasen Angebote machen – unabhängig von Bildungskarriere oder sozialer Herkunft. Sie ist damit ein zentraler Baustein des Bildungswesens. In Brandenburg gibt es ein gutes und hochwertiges Weiterbildungsangebot, das zum größten Teil von den Volkshochschulen gemacht wird. Die öffentliche Förderung von Erwachsenenbildung muss eine nachhaltige Einbindung in das berufliche, politische und kulturelle Leben einer demokratischen Gesellschaft ermöglichen.

Durch den vorgeschlagenen Perspektivvertrag wird für die Landesorganisationen der Weiterbildung eine Finanzierungssicherheit geschaffen, eine angemessene Entlohnung ermöglicht und die Grundversorgung im Bereich Weiterbildung gestärkt. Die Landesorganisationen der Weiterbildung in Brandenburg brauchen einen verlässlichen Rahmen, um neue und qualitativ hochwertige Angebote entwickeln und in ihren Einrichtungen anbieten zu können. Vor allem gilt auch für die Erwachsenenbildung: Gute Bildungsarbeit braucht qualifizierte Kräfte und eine angemessene Bezahlung. Daher muss die Landesförderung für die Finanzierung der Grundversorgung sich daran messen und deshalb ausgebaut werden. Eine schrittweise Erhöhung der Finanzierung der Grundversorgung (von jetzt 18,80 EUR pro Unterrichtseinheit) wäre eine sinnvolle Maßnahme.

In dem vorgeschlagenen Perspektivvertrag - gerne konkretisierbar nach dem Vorbild des niedersächsischen Perspektivvertrages von Januar 2013 - soll die angesprochene Verlässlichkeit durch eine mehrjährige Laufzeit gewährleistet werden. Das Qualitäts- und Angebotsspektrum soll beschrieben und verbindlich festgelegt werden, um eine Stärkung und Ausweitung der Erwachsenenbildung zu erreichen.

Wie andere Bildungsbereiche finanziert Brandenburg auch seine Weiterbildungseinrichtungen ziemlich nachlässig. Zum Vergleich: Der Bundesdurchschnitt bei der Landesfinanzierung je EinwohnerIn liegt bei 1,69 EUR, in Mecklenburg-Vorpommern bei 1,33 EUR, in Sachsen bei 0,96 EUR, in Niedersachsen bei 2,83 EUR, in NRW bei 2,57 EUR und in Brandenburg bei 0,72 EUR (DIE-Statistik 2011, Finanzierungsstruktur der VHS). Es ist deshalb naheliegend nicht nur eine Verlässlichkeit für die Landesorganisationen der Weiterbildung zu fordern, sondern auch eine Verbesserung der Landesfinanzierung.

Marie Luise von Halem
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Christoph Schulze